

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckmaschinen: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Gamelnnummer: 25 241
Star für Nachgelieferter: 20 011.

Lebeck KAKAO, SCHOKOLADE
MARKE DREIRING
Firma gegr. 1838.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:
Marienstraße 38/40.
Verlag von Ullrich & Reichardt in Dresden.
Vollständig-Spende 1088 Dresden.

Bezugs-Gebühr vom 1. bis 15. 10. 24 bei Hgl. zweimal. Jullist. frei Haus 1,50 Goldmark. Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet; die 1. Spalte, 30 Numbr., Seite 30, 1. ausw. 30 A. Familienanzeigen u. Stellengesuche ohne Rabatt 10, 4. außerb. 20, 4. bis 90 mm breite Reklamzeile 150 A. außerb. 200 A. Offertengebühr 10 Z. Zusam. Wullträge geg. Vorausbezahl. Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

<p>Dresden-A. Grunaer, Ecke Zirkusstraße 21 Fernsprecher: 24811 (Sammlennummer) Telegr.-Adr.: Pribank</p>	<p>Dresdner Privat-Bank, Aktiengesellschaft Gegr. 1908 als Genossenschaft Rentenmark-Konten</p>	<p>Zweigniederlassungen Heidenau, Königstraße 30b Fernsprecher: 805, 407, 467 Pirna, Dohnaische Straße 23 Tel. 810 und 811</p>
--	---	--

Die Aufhebung der Zollschranke am Rhein.

Außerordentliches Anschwellen des Warenverkehrs mit dem besetzten Gebiet am ersten Tage.

Die ersten Kontrollhandlungen der Spionagekommission. — Gefährliche Zuspitzung der Kämpfe in China.

Das Zollhaus der Rheinbrücke Ludwigshafen geräumt.

(Durch Rundfunk.)
Ludwigshafen, 9. Sept. Das Zollhaus auf der Rheinbrücke ist in den heutigen Vormittagsstunden geräumt worden. Dagegen bleibt das Zollbureau am Verkaufshaus zur Abwicklung der laufenden Geschäfte, insbesondere zur Zurückgabe der für Kraftwagen hinterlassenen Rationen, geöffnet. (W. T. A.)

Die Hoffnungen der deutschen Wirtschaft.

(Dramatische unserer Berliner Schriftleitung.)
Berlin, 9. Sept. Mit dem Fall der Zollschranke ist bereits am heutigen Tage ein außerordentliches Anschwellen des Warenverkehrs zwischen besetztem und unbesetztem Gebiet zu bemerken. Bereits seit Wochen lagern auf den Bahnhöfen an der Grenze des unbesetzten Gebietes ungeheure Warenvorräte, die jetzt ins besetzte Gebiet eingeführt werden. Man befürchtet hier, daß es der Eisenbahn nicht möglich sein wird, den plötzlich einfließenden Warenstrom zu meistern. Augenblicklich werden in Koblenz Verhandlungen darüber geführt, eine Aufhebung des internationalen Ein- und Ausfuhrzolltarifs in das Gms bereits vor dem ursprünglich festgesetzten Termin, dem 21. Oktober, zu erreichen. Nach der Aufhebung der Zollgrenze beginnen auch die Verhandlungen mit der Rheinlandskommission. Bedeutungsvoll ist dabei die von Deutschland gestellte Forderung, daß alle von den Besatzungsmächten bisher erzielten Kolleinnahmen dem Deutschen Reich ausgeschrieben werden sollen. Die Franzosen stellen sich aber demgegenüber auf den Standpunkt, sie hätten persönliche und sachliche Ausgaben gehabt, die zunächst abgezogen werden müßten. Infolgedessen würde naturgemäß nicht viel für eine Gutsschrift übrig bleiben.
Zur Aufhebung der Zollschranke wird weiter mitgeteilt: Durch die Abberung des besetzten vom unbesetzten Gebiet war jenseits der bisherigen Zollgrenze eine anormale Wirtschaftslage entstanden, die sich vor allem darin ausdrückt, daß die Preise im besetzten Gebiete erheblich höher als im unbesetzten lagen. So mußte man die kleineren Waren-

artikel in den dortigen Ladengeschäften etwa dreimal so teuer bezahlen als in den Großstädten des unbesetzten Gebietes. Dazu kamen alle möglichen sonstigen Erschwernisse. Der Verkehr wurde nicht nur mit Gebühren belegt, auch Zeit und Arbeit mußten erheblich aufgewendet werden. Vom Standpunkte des unbesetzten Gebietes aus sei der Vorfall der Zollgrenze

der Beginn für die Erweiterung des Industrieabgabebereiches. Das besetzte Gebiet mit seinen rund 13 Millionen Einwohnern stellt etwa den fünften Teil der deutschen Bevölkerung dar, wozu noch hinzutritt, daß es gleichzeitig der reichste und industriell am stärksten entwickelte Teil Deutschlands sei und daher auch das kaufkräftigste Abgabebereich. Das ebenfalls kaufkräftige Sachsen oder die Stadt Berlin spielen bei weitem nicht die Rolle für die Industrie, wie das besetzte Gebiet. Die deutsche Industrie erwartet demgemäß von der Aufhebung eine erhebliche Erweiterung eines bisher von den Alliierten freitragend gemachten Marktes. Die Zollmauer würde bis jetzt Deutschland gegenüber hoch, dem Auslande gegenüber aber niedrig gehalten, besonders für französische Erzeugnisse, wie Seide, Wein, Automobile usw. Man tut alles, um den Abzug der besetzten Gebiete wirtschaftlich in die Hände zu bekommen. Wenn das nur zu einem sehr geringen Teile gelungen ist, so verdanken wir das der Haltung der Bevölkerung im besetzten Gebiet, die sich den fremdländischen Waren gegenüber ablehnend verhielt.

Ein anderes Moment für die Erweiterung des deutschen Absatzgebietes ist auch der Verkauf der Reumünzen, die ungefähr 100 Millionen Goldmark monatlich ausmachen. Die Schwerindustrie hat sich angesichts dieser drückenden Last nur mit Hilfe von ausländischen Krediten über Wasser halten können. Das bisher schwierige Problem für die deutsche Industrie, die Kredit- und Kapitalfrage, wird jetzt durch den Vorfall der Zollschranke ebenfalls seiner Lösung etwas näher geführt. Schon der Kredit von 10 Millionen Dollar, der dem Kohlenkredit für Verfassung gestellt wird, wäre bei Fortdauer der französisch-belgischen Herrschaft unerreichbar gewesen. Nunmehr dürfen Kredite für die heimische und andere Industrien folgen. Dadurch würde nicht nur das besetzte Gebiet befruchtet werden, sondern in unmittelbarer Auswirkung auch das unbesetzte Gebiet und mit ihm die ganze Wirtschaftslage Deutschlands.

Gefahren der auswärtigen Anleihe.

Die internationale Anleihe an Deutschland ist nach dem Urteil der Sachverständigen und auch der Londoner Konferenz ein „wesentlicher Bestandteil des Planes“, ohne den dieser nicht verwirklicht werden kann. Sie rechtfertigt zwar sicher nicht die großen Hoffnungen, die vielfach in Deutschland an sie geknüpft werden. Denn gegenüber den phantastisch anmutenden Zahlen von 8 bis 30 Milliarden, die man aus den Plänen früherer Jahre zur Konvertierung der deutschen Reparationsschuld lennt, ist die heute in Frage stehende Summe von 800 Millionen Goldmark ein beinahe aeringföhliger zu nennender Betrag. Zudem ist ihre Verwendung recht eng begrenzt. Trotzdem aber ist sie die allererste Voraussetzung für die deutschen Leistungen im ersten sogenannten Moratoriumsjahr des Gutachtens, ist sie die Grundlage der neuen international aufgezogenen Reichsbankorganisation und damit der neuen deutschen Währungs. Diese Vorbedingung der Verwirklichung des Dawes-Planes zu schaffen, liegt darum ebenso sehr im Interesse der Gläubigerstaaten, die in London den Plan gutgeheißen haben, wie auch in unserem Interesse, da von dem Abschluß der Anleiheverträge die wichtige zweite Feststellung der Reparationskommission abhängt, die die Grundlage für die endgültigen wirtschaftlichen und fiskalischen Räumungsmassnahmen, besonders das Ende der Eisenbahnregale bildet. Außerdem hört erst mit der Verwirklichung der Anleihe die deutsche Verpflichtung zu den Vorschlagsleistungen an den Generalagenten für Reparationen auf, die mit ihren monatlichen Beträgen von 80 Goldmillionen eine sehr ernste Belastung des Reichshaushalts darstellen. In London bereits hat es die internationale Finanz vorzüglich verstanden, ihre Forderungen in den Plan einzuarbeiten, die sich zwar nicht in dem Maße, wie es wünschenswert gewesen wäre, gegen die französische Ruhrbesetzung und die künftige Unterlassung von militärischen Sanktionen gerichtet haben, die aber doch die Geldgeber in jedem Falle sicherstellen und damit der internationalen Finanz ein glänzendes Geschäft in Aussicht stellen. Der Zinsendienst dieser ersten und jeder späteren Reparationsanleihe wird vom Reparationsagenten aus den bei ihm einlaufenden Reparationszahlungen geleistet und ist umso unbedingter gewährleistet, als auch im Falle von Sanktionen die besonderen für den Zinsendienst etwa bereitgestellten Pfänder geachtet und den Zinszahlungen eine absolute Priorität bei allen Einkünften aus den Sanktionsmaßnahmen eingeräumt wird. Das sind Sicherungen, die die deutsche Anleihe weit über ähnliche Sanierungsanleihen wie die an Oesterreich und Ungarn hinausheben und die es vollkommen überflüssig erscheinen lassen müßten, daß etwa noch besondere Pfänder für diese Anleihe bereitgestellt werden. Dafür zu sorgen, wird Sache der deutschen Anleiheverhandlungen mit der Finanz sein. Denn einmal büraen schon die im Sachverständigenplan für die Reparationszahlungen vorgesehenen Pfänder indirekt auch für die Anleihe, da der Zinsendienst aus diesen Einnahmen bestritten wird, zum andern bleiben in Deutschland nach der Belastung der Industrie durch die Obligationen, nach der Internationalisierung der Eisenbahn, nach der Verpflanzung der gesamten deutschen Pölle, der Brauntwein-, Tabak-, Bier- und Zuckersteuer kaum noch Pfandobjekte für die Anleihe übrig, ohne daß das gesamte deutsche Einkommen verpfändet wird.

Es ist gewiß kein Wunder, daß man bei der erschlaffigen Sicherheit der deutschen Anleihe in maßgebenden amerikanischen und anderen ausländischen Kreisen die Anleihe gänzlich beurteilt und noch beurteilt. Verwunderlich ist es dagegen, daß die Vorarbeiten für die Anleihe aufscheinend nicht den günstigen Verlauf nehmen, den man erwarten mußte, daß vor allen Dingen englische Kreise eine starke Agitation gegen die Anleihe betreiben, die die vielfachen psychologischen Hemmnisse für die Wiederkehr des Vertrauens zur deutschen Wirtschaft künstlich vermehren müssen. Dersfür mögen gewiss politische Gründe maßgebend sein. Ist es doch eine offensbare Tatsache, daß man in England mitten in den Vorbereitungen zu Neuwahlen steht und daß die konservative Partei, wie auch die Industrie im Anbetracht der unverminderten Arbeitslosigkeit nach einer wirksamen Parole suchte, um mit ihrer Forderung eines Schubes der englischen Industrie diesem bessere Geschäfte zu machen als bei der letzten Wahl. Tatsächlich sind heute ja auch schon die gewerkschaftlichen Kreise der Arbeiterpartei dieser Bewegung nicht abgeneigt. Aber die englische Finanz, die nicht gerade sehr enge Beziehungen zur Industrie unterhält, steht einer Beteiligung an dem deutschen

„Hände weg vom Völkerbund!“

Ohne völlige Umgestaltung kein Eintritt Deutschlands.

Eine Warnung des Freiherrn von Lerzner an den Kanzler. (Dramatische unserer Berliner Schriftleitung.)
Berlin, 9. Sept. Der ehemalige Präsident der deutschen Friedensdelegation in Versailles, Freiherr von Lerzner, hat einen offenen Brief an den Reichskanzler Marx gerichtet, in dem er unter Bezug auf den stinken Eisee des vor-maligen Reichspräsidenten Löbe darauf aufmerksam macht, daß der Völkerbund in seiner gegenwärtigen Form nicht anders darstelle, als „eine Viaz zur Sicherung der Ententeoberuna“ mit Harer Frontstellung gegen Deutschland. Wie habe das Hoffen auf den Völkerbund atrogen! „Ich erinnere“, heißt es in dem offenen Briefe, „an die unangenehmen Völkerbundsentscheidungen über Osterreich und Nordschlesien, an die widerrechtliche Sonderhandlung der Völkerbundsregierung im Saargebiet, die die Saar den Franzosen itälich mehr in die Hand spielt. Hätte der Völkerbund irgendeine ideale oder ideale Berechtigung, dann würde er nicht an der friedensbrechenden und völkerrechtsbrechenden Besetzung der Ruhr achtschweigen, sondern Himmel und Erde in Verwegena gesetzt haben, um dieses Verbrechen gegen den Weltfrieden zu verhindern. Ein Eintritt in den Völkerbund von Versailles wird uns nur noch in weitere Abhängigkeit und Prohn bringen.“
Daher kann es einen Beitritt Deutschlands vor aründlicher völliger Umgestaltung des Völkerbundes nicht geben.
Es hatte den Anschein, als wolle man in Genf die von Abnen aottlob eingeleitete antliche

Entwaffnung ohne Sicherheit nicht möglich.

Aus Herrriots Rede in Meaux.
Paris, 9. Sept. Aus der Rede, die Herrriot in Meaux gehalten hat und in der er erklärte, daß er sich weder auf das Gebiet der äußeren noch der inneren Politik begeben werde, sei noch folgende Stelle nachzutragen:
„In den verflochtenen Tögen betonte ich mit meiner ganzen Leidenschaft die Unschuld meines Vaterlandes. Ich betonte aber auch unseren Willen, um jeden Preis unsere Sicherheit zu verteidigen. Ich hatte die Freunde zu sehen, die aus-kommenden Nationen sich erhoben und daß sie sich dafür aussprachen, daß eine Entwaffnung ohne Sicherheit für Völker, die würdig leben wollen, nicht möglich sei.“

Die Ententeponage hat begonnen.

Berlin, 9. Sept. Die Internationalisierte Kontrollkommission hat am Montag mit der angekündigten Kontrolle in den verschiedensten Teilen des Reiches gleichzeitig begonnen, und zwar galten die Besuche der Entente-kommissionen, wie bereits gemeldet, zunächst einer Reihe von früheren Rüstungsfabriken und den Formationen der Schupo. Nach den vorliegenden Berichten ist der erste Kontrolltag, wie von allen in Frage kommenden Verbindungsstellen der Heeresfriedenskommission gemeldet wird, ohne Zwischenfälle verlaufen, darunter u. a. auch die Kontrollbesuche der Ententeoffiziere in München. Da der Termin des Erscheinens der Kommissionen nach außen hin geheimgehalten worden war, vollzog sich das Eintreffen der fremden Offiziere in den betreffenden Fabriken und bei den kontrollierten Polizeibehörden fast völlig unbemerkt, so daß es bei der An- und Abfahrt der Kraftwagen zu keinerlei Ansammlungen oder Demonstrationen kam.

Vor einer Kontrollrolle des Volkshasterrats.

Büch, 9. September. Der „Tagesanzeiger“ meldet aus Paris: Der Volkshasterrat hat in seiner gestrigen Sitzung einem Antrag des Generals Walsh zugestimmt, in Sachen der Entmilitarisierung der deutschen Schupo eine neue Vorstellozung nach Berlin zu richten, um die deutsche Regierung an die Erfüllung der schon im Mai 1924 überreichten Forderungen hinsichtlich der militärischen Organisation der Schupo zu erinnern.